

## **Tagesordnungspunkt 4**

### **Antrag 1**

#### **Politischer Leitantrag des Landesvorstand WASG NRW**

##### **I. Ein gutes Wahlergebnis für die Linken**

1. Die Bundestagswahlen vom September 2005 haben einerseits die wachsende ökonomische und politische Polarisierung der Gesellschaft zwischen Gewinnern und Verlierern der „neoliberalen Wirtschaftsordnung“ und andererseits die tiefe Legitimationskrise der herrschenden Parteien zum Ausdruck gebracht. Die „neoliberale Einheitspartei“ aus CDU, CSU, FDP, SPD und Grünen wurde insgesamt von den WählerInnen abgestraft und gleichzeitig in ihrer Zusammensetzung zu Gunsten ihres radikalsten Bestandteils, der FDP, umstrukturiert. Das gesellschaftliche Klientel der FDP, allen voran die großen Unternehmerverbände aus Industrie, Handel und Handwerk, haben eine Bestätigung für das erhalten, was nach ihrer Ansicht alles passieren müsste, um die Umverteilung von unten nach oben aus den letzten Jahren fortzusetzen. Gleichzeitig hat das neoliberale Lager spürbar erfahren müssen, dass nicht alles durchgesetzt werden kann, weil SPD und CDU sich in Einzelfragen blockieren und vor allem, weil ein wachsender Teil der Bevölkerung eine scharfe Ablehnung des gesamten neoliberalen Politikkonzepts formuliert.
2. Wirkliche Wahlsiegerin ist die LINKSPARTEI, die mit einer unmissverständlichen Position gegen die Umverteilung und gegen das gesamte so genannte Reformpaket der Neoliberalen 54 Abgeordnetensitze gewann und von 4,1 Millionen WählerInnen unterstützt wurde. Der größte Teil dieser WählerInnen gehört zu den unmittelbar Betroffenen – ArbeitnehmerInnen, RentnerInnen, Erwerbslosen – der neoliberalen Politik. Sie haben die LINKSPARTEI nicht aus diffusem Protest gewählt, sondern aus der realen Erfahrung heraus, dass sie eine politische Interessenvertretung brauchen und diese von den anderen Parteien, insbesondere der SPD, nicht mehr gegeben ist. Zunächst die Entstehung der WASG und jetzt das angestrebte Bündnis erfüllen innerhalb der Gesellschaft das Bedürfnis nach einer Partei, die sich konsequent dem Neoliberalismus entgegenstellt. Die Partei „links von der SPD“ wurde erwartet, damit sich das seit Jahren wachsende politische Vacuum einer fehlenden Alternative füllen konnte. Die Linkspartei wurde nicht nur von individuellen BefürworterInnen ihrer politischen

Aussagen gewählt. Sie wird bereits von einem gesellschaftlichen Klientel in die Pflicht genommen.

3. Die Strukturen der neoliberalen Wirtschaftsvertretungen und der Institutionen der parlamentarischen Demokratie haben sich während der letzten 20 Jahre immer mehr ineinander verstrickt. Initiativen wie z.B. „Die neue soziale Marktwirtschaft“ haben eine erhebliche Einflussnahme auf alle politischen Parteien genommen. Die Zunahme neoliberaler Strukturen und die Verbreitung einer auf den Markt ausgerichteten Mentalität in den Medien und in der Gesellschaft hat zu einer Aufweichung der Grenzen zwischen den etablierten Parteien geführt. Seit mindestens 7 Jahren haben wir bereits eine „Große Koalition“, die in Berlin im Sinne des Neoliberalismus handelt und quer durch die Parteiapparate agiert. Alle wesentlichen Projekte – von den Hartzgesetzen, der Privatisierung der Sozialversicherungen bis hin zum Zuwanderungsgesetz – wurden gemeinsam getragen und entwickelt. Es ist der Einzug der Linkspartei ins Parlament, der die beiden großen „Volksparteien“ dazu zwingt, diese Koalition auch strukturell nach Außen unübersehbar zu machen. Durch den Einzug der Linkspartei sind CDU und SPD gezwungen, ihre politischen Gemeinsamkeiten noch deutlicher zu zeigen. Die Grünen und die FDP werden sich ein neues Profil erarbeiten – das wurde auf Seiten der FDP bereits während des Wahlkampfes deutlich. Die Konstellationen innerhalb der parlamentarischen Demokratie werden neu bestimmt werden müssen. Eine formelle große Koalition ist ein Ausdruck politischer Schwäche und nicht von besonderer Durchsetzungskraft auf Seiten der Neoliberalen. Die zum Entscheidungs-Krimi stilisierten Wochen nach der Wahl, sollen von dieser Schwäche ablenken und die große Koalition als „nationale Regierung der Vernunft“ verkaufen.
4. Die neue Regierung wird dort weiter machen, wo die alte aufgehört hat. Angriffe auf die Masseneinkommen werden fortgesetzt: durch eine Mehrwertsteuererhöhung, durch weitere Umverteilung der Sozialausgaben auf die BeitragszahlerInnen und gleichzeitiger Kürzung der Leistungen und durch weitere Schwächung der ArbeitnehmerInnen- und Gewerkschaftsrechte. Außenpolitisch wird der Kurs auf ein Deutschland als Weltmacht, das wenn nötig jederzeit auch Militär als Mittel der Politik einsetzen kann, fortgesetzt werden. Innenpolitisch ist die seit Jahren bewährte Gesinnungsgemeinschaft zwischen den Law-and-Order-Brüdern Schily (SPD) und Beckstein (CSU) geradezu das Modell der großen Koalition. Aber diese Regierung wird trotzdem relativ schwach sein und Angriffsflächen für eine parlamentarische und außerparlamentarische Opposition bieten. Die Regierung wird unter der Art ihrer Entstehung leiden; sie wird unter Druck vieler verschiedener

Fraktions-, Länder- und Gruppeninteressen stehen und gleichzeitig wenig inhaltlichen und finanziellen Spielraum haben, diese Interessen zu bedienen. Vor allem wird sie – hoffentlich – unter heftigem Druck der linken Opposition stehen. Erneute vorgezogene Wahlen zu einem Bundestag sind deshalb in mögliche Entwicklungsvarianten mit einzubeziehen.

## **II. Das Projekt der Linkspartei beginnt erst**

1. Die WASG hat ihre seit Mitte 2004 laufende Erfolgsgeschichte mit dieser Wahl fortgeschrieben. Ihre von einer breiten Mehrheit der Mitgliedschaft getragene Entscheidung, die LINKSPARTEI.PDS im Wahlkampf zu unterstützen und auf ihren Listen zu kandidieren, hat sich als richtig herausgestellt. Es war diese Entscheidung, die die alte PDS aus einer tiefen Glaubwürdigkeitskrise und der damit verbundenen politischen Starre herausgeholt hat. Die WASG und ihre Bereitschaft auf einen eigenen Wahlantritt zugunsten einer gemeinsamen Linken zu verzichten, waren der entscheidende Impuls: zum ersten Mal seit 25 Jahren erzielte eine Linke Formation auch in den alten Bundesländern ausreichend Glaubwürdigkeit, um durch Wahlen das Kartell der neoliberalen Parteien im Parlament zu durchbrechen. Gleichzeitig ist diese Zäsur wahrscheinlich viel tiefer gehend als die des Anfangserfolgs der Grünen vor einem Vierteljahrhundert: sie ist der Beginn einer tiefgehenden politischen Differenzierung innerhalb der SPD und einer politischen Differenzierung der Gewerkschaftsbewegung. Sie kann die Entstehung einer gesamtdeutschen, anti-kapitalistischen LINKSPARTEI bedeuten. Die WASG hat diesen Prozess begonnen - nur eine geeinte, pluralistische Linke wird ihn zum Erfolg führen. Bereits der gemeinsame Einzug von WASG und Linkspartei mit 8,7% ins Parlament bedeutet für die WASG einen weiteren qualitativen Sprung in ihrer Entwicklung.
2. Die WASG steht in diesem Prozess für die Kombination aus realer Politikfähigkeit und Radikalität in der Opposition gegen die gegenwärtig herrschende Politik. In der alten PDS wurde der Glaube, dass dies überhaupt kombinierbar sei, schon fast aufgegeben und durch einen lammfrommen Kurs auf Regierungsbeteiligung und „Verhinderung des Schlimmsten“ ersetzt. Bei der WASG speist sich diese Kombination aus einer realen Verankerung in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, in Betrieben, Büros, Stadtteilen, Gewerkschaften und öffentlichen Strukturen und aus einem breiten Fundament aus theoretischen und praktischen Politikerfahrungen, die sich allerdings eine notwendige Offenheit für neue politische Aktions- und Organisationsformen bewahrt hat.
3. Die öffentliche Erwartungshaltung und auch der Wunsch bei den meisten der Mitglieder von LINKSPARTEI und WASG verpflichten

uns, den Prozess der gemeinsamen politischen Praxis fortzusetzen und in Richtung einer Vereinigung zu vertiefen. Nichts aus den bisherigen Entwicklungen spricht dafür, diesen Prozess jetzt zu stoppen. Wir wollen eine große linke Massenpartei. Aber wir wissen, dass wir für den Fortgang dieses Prozesses die besondere Rolle der WASG nicht etwa zurücknehmen, sondern noch verstärken müssen. Vor allem die WASG wird die Verankerung und die politische Differenzierung in der Gewerkschaftsbewegung vorantreiben können; Vor allem die WASG wird weiterhin konsequente Opposition mit realer Politikfähigkeit verbinden; vor allem die WASG wird weiterhin die Türen öffnen für andere politische Kräfte aus der undogmatischen Linken, den sozialen Bewegungen oder kirchlichen Strukturen und nur die WASG wird die politische Auseinanderdifferenzierung in der SPD produktiv weitertreiben können. Der Erhalt und Ausbau unserer Parteistrukturen steht deshalb nicht nur nicht im Widerspruch zu dem Parteibildungsprozess mit der LINKSPARTEI, und anderen linken Kräften, sondern ist dessen Voraussetzung. Durch die WASG werden dem Linken Projekt Bevölkerungsgruppen erschlossen, die die PDS niemals erreichen konnte.

4. Der bundesweit beschlossene und anlaufende Prozess der programmatischen Diskussion zwischen LINKSPARTEI und WASG wird im größten Landesverband der WASG mit besonderer Sorgfalt aufgegriffen werden müssen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass viele und wichtige Etappen, Foren und Kongresse in diesem Prozess in NRW und mit ReferentInnen aus unserem Bundesland stattfinden. Wir werden für den Prozess der Vereinigung in NRW eine eigene Kommission einrichten, in der Mitglieder von LINKSPARTEI und WASG, aber auch andere Linke integriert werden sollen, die den gesamten Prozess begleiten, anregen und bei Konflikten beratend eingreifen. Besonderer Wert wird auf die Erarbeitung von „Spielregeln“ des Parteibildungsprozesses gelegt, die einen gleichberechtigten Umgang der Akteure auf allen Ebenen fördern und Machtmissbrauch einzelner Akteure oder Gliederungen verhindern soll. Dabei soll es ein ständiges Wechselspiel zwischen den Kreisverbänden, der Landes- und Bundesebene geben.

### **III. Der Rausch ist zu Ende**

1. Die letzten (und gleichzeitig die ersten) 18 Monate der WASG-Geschichte waren von fast rauschhafter Geschwindigkeit geprägt: von der Vereins- zur Parteigründung, vom NRW- in den Bundestagswahlkampf und vom elementaren Parteaufbau in einen Parteibildungsprozess u.a. mit der fünfmal größeren PDS. Dieser Rausch wird nicht ewig andauern, sondern er wird jetzt zu Ende gehen. Wir müssen nachdrücklich feststellen, dass im Zuge dieses Rausches Dinge passiert sind und Entscheidungen getroffen wurden,

die nicht immer als ausreichend demokratisch legitimiert in der Mitgliedschaft wahrgenommen wurden. Durch die sich teilweise überschlagenden Ereignisse und einen ständigen Mangel an Zeit und professioneller Infrastruktur, litt vor allem die Informationspolitik und damit die Transparenz in unserer Partei. Wenn eine/n die Ereignisse in dem Maße treiben, ist so etwas kaum zu verhindern und wird von der breiten Mehrheit in der Regel auch akzeptiert. An diesem Defizit müssen und werden wir arbeiten. Wir wollen und werden jedes Mitglied der WASG in die kommenden Entwicklungen einbeziehen und eine lebendige, von unten nach oben funktionierende Organisation aufbauen. Diese fängt in demokratischen Strukturen innerhalb der Kreisverbände an und geht über die Landes- und Bundesebene bis in die Fraktion in Berlin.

2. Die WASG muss deshalb eine Aufbauoffensive in ihren örtlichen und regionalen Strukturen vornehmen. Die LINKSPARTEI in NRW hat gut eine halbe Million WählerInnenstimmen erhalten. Sie hat dem gegenüber gerade zusammen 5000 Mitglieder. Wenn wir unseren politischen Erfolg stabilisieren wollen, wenn wir aus der Veränderung der parlamentarischen Verhältnisse auch eine gesellschaftliche Veränderung machen wollen, dann müssen wir an diesem Verhältnis zielstrebig arbeiten. Dort, wo genügend Mitglieder in neuen Orten oder Stadtteilen leben, müssen wir neue Kreisverbände und Ortsverbände gründen. Dort, wo SprecherInnen und andere Strukturen fehlen, müssen Kreisverbände aufgebaut und Strukturen gewählt werden. Der Landesverband NRW wird dafür Musterpläne und einen Entwurf für eine Kreissatzung erarbeiten und diskutieren. Die WASG-Kreisverbände müssen auf Kreisebene politisch handlungsfähig sein, Mitgliedern und Interessierten ein Angebot der Mitarbeit nach ihren Möglichkeiten bieten und gleichzeitig die programmatische Debatte zwischen WASG, LINKSPARTEI und anderen Kräften vor Ort fort- und umsetzen.
3. Nicht nur die Untersuchungen über das Wahlverhalten bei den Bundestagswahlen haben ergeben, dass die WASG viel zu wenig Unterstützung und Glaubwürdigkeit bei jungen Menschen und bei Frauen genießt. Das muss sich ändern. Die Kreisverbände müssen vor Ort Strukturen aufbauen, in denen sich junge Menschen wohl fühlen und worin sie weitest gehend autonom eine Politik im Sinne der Zielsetzungen der WASG machen können. Die WASG muss ihre Arbeitsweisen umfassend für Frauen erträglicher machen: Alle Inhalte, vor allem aber die Strukturen, müssen auf ihre Geschlechterspezifika geprüft und hinterfragt werden. Bei allen größeren Veranstaltungen muss eine Kinderbetreuung gewährleistet werden.
4. Für die LINKSPARTEI Nordrhein-Westfalen sitzen sieben Abgeordnete im Bundestag, drei von ihnen kommen aus der WASG. Alle Abgeordneten müssen in die Arbeit der Kreisverbände

einbezogen werden. Dies ist ein wechselseitiger Prozess: die Abgeordneten werden ihre Kapazitäten, ihr Büro und gegebenenfalls ihr Wahlkreisbüro für die Arbeit der Kreisverbände öffnen und umgekehrt werden die Kreisverbände, die Abgeordneten in ihre Aktivitäten einplanen, deren Schwerpunkte und Initiativen aufgreifen. Gleichzeitig müssen wir die politische Arbeit der Fraktion der LINKSPARTEI insgesamt begleiten und gegebenenfalls kritisch beeinflussen. Die Professionalisierung und Arbeitsfähigkeit des Landesvorstands und des Landesbüros muss ausgebaut werden, um u.a. eine intakte Kommunikationsstruktur für die Kreisverbände zu sichern. Die Strukturen vor Ort müssen verstärkt werden, die innerparteilichen Gremien z.B. die Landesarbeitsgemeinschaften müssen sich eine feste Rolle innerhalb der Partei erarbeiten und möglichst viele Kreisverbände erreichen. Die in der Satzung vorgesehenen Gremien müssen in ihrer Arbeitsfähigkeit unterstützt und gefördert werden. Wir wollen eine zielgerichtete und lebhaft Debatten hervorrufen und die Bevölkerung mit unserer Begeisterung für eine andere Politik anstecken.

Die WASG, die LINKSPARTEI und andere Linke Organisationen, das heißt jedes Mitglied und jede/r UnterstützerIn haben die Chance, das politische Koordinatensystem in Deutschland nachhaltig zu verändern und den politischen Einfluss der Linken strukturell zu vertiefen.  
Nutzen wir diese Chance!